



DIE UNTERNEHMER-MEINUNG » Natalie Mekelburger

Februar, 2020

Mehr unternehmerischen Mut zeigen

Natalie Mekelburger, Vorsitzende der Geschäftsführung der Coroplast Fritz Müller GmbH und Co. KG

Der Wille zur Unabhängigkeit und der damit verbundene innere Antrieb, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, den Weg der besten Lösung zu suchen, Entscheidungen zu treffen und mit den erbrachten Leistungen dann auch Gewinne zu erwirtschaften, ist das Grundmotiv selbständiger wirtschaftlicher Einheiten in einer freien liberalen Wirtschaft. Das klassische deutsche Familienunternehmen folgt diesem Grundmotiv zum Teil bereits über viele Generationen hinweg und leitet daraus eine hohe gesellschaftliche Verantwortung ab. Die deutsche Industrielandschaft wird im Wesentlichen von diesem Unternehmenstypus geprägt und gestützt. Trotz langjähriger Tradition und Historie sind diese Familiengesellschaften keinesfalls rückwärtsgewandt, unflexibel oder aus der Mode gekommen, nein, im Gegenteil: Die Renditeentwicklung von Familien- und Privatunternehmen hat sich im Vergleich zum Durchschnitt der DAX-Konzerne sogar erfolgreicher dargestellt. Als Folge daraus hat sich auch der Gesamtwohlstand in Deutschland auf ein nie dagewesenes Niveau entwickelt. Auch darüber sind sich die Experten einig.

Der laufend künstlich geführten Debatte über das Öffnen der Einkommensschere können Zahlen entgegengehalten werden. Die Debatte über die Vermögensschere in Deutschland ist differenziert zu betrachten und fällt zum Teil sehr unsachlich aus. Rentenanwartschaften und Lebensversicherungen gehören entgegen den meisten Statistiken in Deutschland auch zur Vermögensbildung dazu. Neu aufgekommen ist aber in der Tat das Problem, dass der deutsche Sparer durch die expansive Geldpolitik der EZB faktisch teilentzogen wurde und dass vor allem institutionelle Anleger unzweifelhaft Vorteile haben, wenn sie z. B. in großem Umfang in Immobilien investieren. Aber bitte nehmen wir doch zur Kenntnis, dass eine solche Geldschwemme in einer marktwirtschaftlich orientierten Ökonomie nicht vorgesehen ist. Geld ist von seiner Natur her ein rares Gut und wird in der Regel nur verliehen, wenn man eigenes

dazulegt und Zinshöhe sowie Tilgungszeitraum dem Geschäftsrisiko angemessen sind. Dieser marktorientierte Mechanismus ist jedoch weitestgehend ausgeschaltet worden. Dahinter steckt die Idee, vor allem die wirtschaftlich schwächeren Staaten in Europa zu stützen, damit diese sich günstig verschulden können. Nun aber Zweifel an unserer Marktwirtschaft aufkommen zu lassen, sie gar als Verursacher von Ungerechtigkeit jedweder Art zu identifizieren und die Lösung in höheren Vermögens- und Erbschaftssteuern zu sehen, ist eine gänzlich in die Irre führende Argumentation und existenzgefährdend für die deutsche Industrielandschaft und damit für den Wohlstand in Europa überhaupt.

Apropos Europa: Die politischen Rahmenbedingungen für eine liberale Wirtschaftsordnung verschlechtern sich zunehmend. Nicht etwa der Wirtschafts-, sondern der Klimanotstand ist ausgerufen worden, und daran ist zu erkennen, wo die Schwerpunkte der Zukunft liegen.

Ich halte den Begriff Ökosozialismus in diesem Zusammenhang für keinesfalls übertrieben. Mit dem Ausruf des Klimanotstands ist ein Freifahrtschein dafür ausgestellt worden, dass jede Entscheidung über eine Investition oder ein neues Gesetz dem 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens unterzuordnen ist. Die liberale Wirtschaftsordnung kann angeblich die Probleme der Zukunft nicht lösen, heißt es. Dieser in weiten Teilen unserer Gesellschaft fast schon politische Konsens, der selbstverständlich eher von einer sozialistischen Agenda geprägt ist, wird einfach so hingenommen und die Gefahr für die Familienunternehmen nicht erkannt. Dass der große Teil des Produktivvermögens in privater Hand ist, ist den Vertretern des neuen Ökosozialismus ein Dorn im Auge und ein Problem, das es ohnehin aufzulösen gilt.

Christine Lagarde, die neue EZB-Präsidentin, hat sich in ihrer damaligen Position als IWF-Direktorin nicht nur einmal so zu den Verhältnissen in Deutschland geäußert. Sie hat die deutschen Familienunternehmer sogar für die soziale Spaltung der Gesellschaft verantwortlich gemacht. Sie steht (leider mittlerweile auch mit Ursula von der Leyen) für die Idee, dass Klimapolitik dafür zu nutzen ist, eine Gerechtigkeits- und Ausgleichspolitik zu verfassen, in der die Umverteilung ein Kernelement der Programmatik ist. Wenn die EU-Spitze, die Grünen oder auch Angela Merkel im Rahmen des Green Deals von einer Offenheit gegenüber marktwirtschaftlichen Lösungen sprechen, dann hat das nichts mit der Idee von sozialer Marktwirtschaft zu tun, wie wir sie kennen und meinen. Die neue ökosoziale Marktwirtschaft wird nicht nur im Sinne des Green Deals finanzielle Opfer von uns fordern, sondern die industrielle und gesellschaftliche Umwälzung zum Ziel haben. Sie wird das Konsumverhalten nicht vom Markt und den darin handelnden Personen entscheiden lassen, sondern von einer politischen Elite, die es keinesfalls gut mit privatem Vermögen meint. Es ist somit nicht zu erwarten, dass sie im Sinne von Familienunternehmen denkt.

Ich bitte darum, auch etwas mehr Gespür für die Begriffe Umwälzung und Transformation zu entwickeln. Sie gehören nämlich durchaus zur marxistischen Terminologie und folgen der Idee einer klassenlosen Gesellschaft. Die Basis dieser Umwälzungsidee ist durch die moralische Revolution, die in den letzten Jahren schon sehr weit fortgeschritten ist, bereits manifestiert worden. Die Absolutheit des Themas Weltklima mit der Definition von planetarischen Grenzen, die nicht anzuzweifelnde Forderung nach Freizügigkeit bei der Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik sowie die allseits präsente Political Correctness, die es auf die Destabilisierung unserer bürgerlichen Institutionen abgesehen hat, scheinen unangreifbar in unserem Selbstverständnis verankert. Selbst ein großer Teil der deutschen Wissenschaft bekennt sich zu

dieser Moral, an der es sich zu orientieren gilt. Auf die Gefahr, die von einer nicht neutralen Wissenschaft ausgeht, hat neulich Frau Dr. Sandra Kostner (PH Schwäbisch Gmünd) in Gabor Steingarts Morning Briefing unter dem Stichwort Agenda-Wissenschaft hingewiesen.

Wir, die Familienunternehmer, so meine Beobachtung, haben zwar das Gespür dafür, dass etwas in die falsche Richtung läuft, sind aber nicht in der Lage, unsere politische Haltung zu platzieren. Wir sind ja selbst hin- und hergerissen und können Argumente für die soziale Marktwirtschaft kaum mehr formulieren. Oder trauen Sie sich zu, bei einer Pro- und Contra-Diskussion über den Mindestlohn das richtige argumentative Handwerkszeug bereit zu haben? Wissen wir, dass auch Löhne vom Markt bewertet werden sollten und dass nicht jeder Job von seiner Bewertung her in der Lage sein kann, eine vierköpfige Familie zu ernähren? Für die sozialen Notfälle haben wir mit unserem umfassenden Sozialstaat Auffangmöglichkeiten geschaffen, die sicherstellen sollen, dass trotz geringem Einkommen die Teilhabe am sozialen Leben nicht verwehrt bleibt. Im Übrigen hat auch nicht jeder, der einen Billigjob annimmt, die Last einer solchen Verpflichtung. Ein nicht marktgerechter Mindestlohn hat Potenzial, eine Vielzahl von Arbeitsplätzen zu vernichten, statt den Menschen Chancen zu geben. Und so habe ich meine Zweifel an dem allgemeinen europäischen Mindestlohn.

Es ist meines Erachtens an der Zeit, uns bezüglich der marktwirtschaftlichen Grundregeln mal wieder zu „schulen“. Dann würden uns die Augen aufgehen, inwieweit wir schon dem staatlichen Dirigismus unterliegen und welche Schäden er schon angerichtet hat. Lassen wir uns bitte nicht einreden, die Marktwirtschaft sei nicht in der Lage, die Probleme der Zukunft und insbesondere die Probleme des Weltklimas zu lösen. Es wird nur die Innovationskraft einer freien Wirtschaft dazu führen, dass Lösungen gefunden und auch finanziert werden können. Die Rahmenbedingungen des ökologischen Umdenkens sind bereits geschaffen worden. Zum Teil sind sie gut, zum großen Teil aber massiv übertrieben, unsensibel und führen trotz scharfer Vorgaben nicht zum Ziel. Die Energiewende ist dafür das prominenteste Beispiel. Es werden finanzielle Schäden in atemberaubenden Größenordnungen verursacht, die möglicherweise deutlich mehr Unheil mit sich bringen als der Klimawandel selbst. Und im Übrigen: Warum arbeiten wir nicht alle eindeutig gemeinsam an einem weltumspannenden Handel von CO₂-Verschmutzungsrechten nach dem Vorbild des europäischen Emissions Trading System (ETS)? Das wäre eine marktwirtschaftliche Lösung (die mit ihrer Belastung für die Wirtschaft angemessen austariert sein sollte), die als einzige wirkungsvolle und wirklich messbare Erfolge erzielen könnte. Aber die Dirigisten bevorzugen eben andere Wege. Warum? Weil die Umverteilung des Weltvermögens im Zentrum der Klimapolitik steht. Hiermit zitiere ich übrigens keinen geringeren als Prof. Dr. Ottmar Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung.

Wenn nicht wir als unabhängige Unternehmer unsere Position und unser Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft formulieren, wer soll es sonst tun? Auf den Großteil unserer Politiker und auch auf die mundtot gemachten Lenker der DAX-Konzernunternehmen ist kein Verlass mehr, dass Sie unser Wirtschaftssystem verteidigen – sie sind längst Opfer der Moral-Revolution geworden.

Für die folgenden Jahre sehe ich unsere Aufgabe darin, vor allem mit einer Stimme zu sprechen, die marktwirtschaftlichen Grundsätze wieder zu verstehen, einen Orientierungskompass zu bekommen, mit dem wir uns verteidigen und das Geschehen wieder mitbestimmen können. Wir werden ansonsten eine aussterbende Spezies werden.

Zu einer unternehmerischen Haltung gehört auch politischer Mut und zu dem möchte ich Sie dringend aufrufen.

Coroplast ist ein weltweit agierendes und unabhängiges Familienunternehmen, das Natalie Mekelburger als Vorsitzende der Geschäftsführung in der dritten Generation führt. Coroplast umfasst die Geschäftsfelder Technische Klebebänder, Kabel & Leitungen sowie Leitungssatzsysteme und beliefert hauptsächlich die Automobilindustrie. Mit mittlerweile rund 8.200 Mitarbeitern produziert Coroplast am Stammsitz in Wuppertal sowie in Polen, China, Tunesien, den USA, Mexiko und Moldawien. Der Jahresumsatz liegt bei rund 540 Millionen Euro.



[FÖRDERER WERDEN](#) | [RSS](#) | [LOG IN](#)

Stiftung Familienunternehmen
Prinzregentenstraße 50
D-80538 München

Telefon: +49 89 / 12 76 40 00 2
Telefax: +49 89 / 12 76 40 00 89

E-Mail: [info\(at\)familienunternehmen.de](mailto:info(at)familienunternehmen.de)
Internet: www.familienunternehmen.de